



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/140

Bonn, den 20. Juni 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Rußlandfeldzug als deutsche Kriegswende	S. 1
Sozialistenschreck in England	S. 3
"Wüste Höfe" in der Sowjetzone	S. 5

Vor zehn Jahren: Rußlandfeldzug

J.S. Diesmal werde dem deutschen Volk ein Zweifrontenkrieg erspart, sagte Hitler bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges und verwies auf den im August 1939 abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit Stalin. Ein knappes Jahr später, im Juli 1940, als die Gelegenheit einer Invasion Englands verpaßt war, brütete Hitler bereits über dem Plan "Barbarossa", der Rußland im Blitztempo zu Fall bringen sollte. Ursprünglicher Stichtag war der 15. Mai, dann kam unversehens der Balkanfeldzug dazwischen, forderte Panzertruppen ab, die in Südrußland hatten einfallen sollen und so kam es zu dem Termin vom 22. Juni 1941. Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

140 deutsche Divisionen, darunter 19 Panzerdivisionen, brachte der 22. Juni in drei Hauptstoßrichtungen in Bewegung: im Norden mit dem Ziel Leningrad, in der Mitte mit dem Ziel Moskau und die Heeresgruppe Süd mit dem Ziel Ukraine. Die Doppelschlacht Minsk-Bialystok zeigte, daß das Schwergewicht ursprünglich in der Mitte lag. Aber plötzlich verlagerte Hitler, gegen die Ansichten Halders und Brauchitschs, das Schwergewicht in den Süden, in der Hoffnung, die dort vermutete Masse der russischen Streitkräfte westlich des Dnjepr zu vernichten. Zwar reichten die Beutezahlen der Umschlingungsschlacht von Kiew zu Rekordmeldungen, aber ein Vernichtungsschlag war es nicht. Stalin spielte mit seiner stärksten Waffe, dem weiten, unzugänglichen russischen

Raum.

Während die Operationen der Heeresgruppe Nord planmäßig verliefen und mit der Einschließung von Leningrad endeten, verlegte Hitler verspätet und mit verzettelten Kräften - das Schwergewicht wieder in die Mitte. Vom russischen Herbstschlamm ermüdet, vom jähen Winter-einbruch überrascht, erreichten die deutschen Panzerspitzen zwar die Vorstädte von Moskau, aber der sowjetische Widerstand war gewachsen und Ende November versackte die deutsche Offensive. Mit 100 Divisionen trat Marschall Schukow die Gegenoffensive an und warf die deutschen Truppen zurück, zur selben Zeit, da der damalige Reichspressechef Dietrich, um Japan zum Kriegseintritt zu ermantern, verkündete, daß Rußland bereits endgültig geschlagen sei.

Das Jahr 1941 hatte Rußland den größten Teil seiner kampfkraftigen Truppen gekostet, aber schon waren im Osten neue Armeen und neue Fabriken im Entstehen. Aber auch die deutsche Kampfkraft war so geschwächt, daß Hitler 1942 nurmehr im Süden offensiv vorgehen konnte. Ende Juni brach die Offensive los, die das kaukasische Gelbgebiet in deutsche Hand bringen sollte, die gefährlichste für die deutschen Truppen selbst, weil mit weit vorstoßender, offener Flanke geführt. Sie endete mit der Tragödie von Stalingrad und am Donez nahm von Manstein die ohne Material zurückflutende Kaukasus-Armee auf. Der Krieg, nicht nur in Rußland, hatte seinen Höhepunkt erreicht, die Waagschale senkte sich auf die Seite der Russen. Während Manstein mit einer der besten Leistungen des ganzen Krieges die Südfront am Dnjepr stabilisierte, griff Hitler im Sommer 1943 noch einmal bei Kursk - vergeblich - an, dann wurde die deutsche Front auf der ganzen Linie stetig zurückgedrängt. Anstatt den russischen Raum in seine Strategie einzubeziehen, und in einem großen strategischen Rückzug und mit elastischer Verteidigung den Gegner abzunützen, gab Hitler aus Prestige Gründen den Befehl, keinen Fußbreit Boden preiszugeben. Er verlor trotzdem und ließ die deutsche Abwehrkraft in ungezählten "Igel" verbluten. Ende 1943 standen die Russen wieder an der polnischen Grenze, zwölf Monate später - Finnland, Rumänien und Bulgarien waren inzwischen abgefallen, die zweite Front Wirklichkeit geworden - vor den Toren Deutschlands. Am der Oder wurde Anfang April 1945 die letzte große Schlacht geliefert, am 25. April war Berlin erreicht. Wenige

Tage später, nach dem Selbstmord Hitlers, war der Krieg aus.

So wie Hitler die Franzosen überschätzte, so hatte er die Russen unterschätzt. Die Handschuhe, die dem deutschen Landsker im Winter 1941/42 fehlten, bewiesen es drastischer als der Verlauf der Kämpfe. Oder, wie Halder, damals Generalstabschef, zwei Monate nach Beginn des Feldzuges in sein Tagebuch schrieb: "Wir rechneten mit 200 Divisionen und haben jetzt schon 360 identifiziert". (Liddell Hart in seinem Buch: "Jetzt dürfen sie reden") Aber nicht nur in der Zahl der russischen Divisionen hatte sich Hitler geirrt. Daß die Russen heute, stärker denn je, an der Elbe stehen, ist allein auf diese Irrtümer des "böhmischen Gefreiten" zurückzuführen. Diese Erkenntnis ist zugleich der Schlüssel zur heutigen weltpolitischen Lage.

+ + +

Sozialistenschreck in Groß-Britannien

F.S., London Mitte Juni

In Kreisen der Labour-Party sieht man mit einiger Besorgnis auf die Wahlresultate, die während der letzten Monate nicht nur hier, sondern auch in anderen Ländern West-Europas, in Italien, Österreich, Frankreich und auch in Westdeutschland zu beobachten waren. Man sieht zwar immer noch eine Stabilität der demokratischen Politik, glaubt aber, daß eine Abwanderung der Wählerschaft zur Rechten und Ultra-Rechten beginnt. Die parlamentarische Demokratie, so nimmt man an, geht wieder einer Krise entgegen, durch die vor allem die politische Basis erschüttert werden könnte, und durch die eine Lösung der Wirtschaftskrise auf sozialer Grundlage im westlichen Europa bis zur Unmöglichkeit erschwert wird. Ausgelöst wird diese Krise, so sagt man sich, durch kommunistische Agitation und durch die Propaganda der Rechtskreise.

In Groß-Britannien, wo kommunistische Einflüsse im Vergleich mit anderen Ländern zahlenmäßig minimal sind, benutzen die Konservativen vornehmlich die kommunistische Agitation im Ausland, um die Bevölkerung vor den "Sozialisten" zu warnen. Diese Drohung mit dem Sozialisten-Schreck nimmt an Ausmaßen immer mehr zu. Man meint aber nicht etwa die Kommunisten, sondern die Arbeiter-Partei, die nach Auffassung

der konservativen Sprecher "mit anderem Namen die gleichen Ziele" verfolge wie die Kommunisten. Diese wider besseres Wissen angestiftete Konfusion entwickelt sich für die Labour-Party zu einer Gefahr, die sie mit Entschiedenheit abzuwehren versucht.

Die Konservativen hoffen, wenn sie es auch nicht offen sagen, daß die radikalen Bewegungen auf dem Festlande zunehmen, da es keine bessere Wahlagitation für sie gibt. Sie glauben, daß sie schon jetzt eine Mehrheit von 100 Sitzen haben würden, wenn im Augenblick Parliamentswahlen stattfänden und errechnen diese Zahlen aus den Resultaten von Nachwahlen, die seit Zusammentritt dieses Unterhauses festzustellen sind. Die Konservativen konnten zwar niemals einen Kandidaten durchbringen, wenn der Wahlkreis von einem Labour-Abgeordneten geführt wurde. Tatsache ist es allerdings, daß die Stimmzahl der Tories zunahm, während Labour abnahm. Auch die am letzten Donnerstag stattgefundene Nachwahl in Woolwich, der für Labour als besonders sicher geltende Wahlkreis des früheren Außenministers Bevin, hat das gleiche Bild ergeben.

Entfielen aber auf die "Anti-Sozialisten" nur 2% mehr Stimmen als bei den letzten Unterhaus-Wahlen, würden sie nach dem englischen Wahlsystem über eine ansehnliche Majorität an Sitzen verfügen. Die kürzlich abgeschlossenen Gemeindewahlen in Landbezirken und kleineren Provinzstädten haben den Tories zu einer Bestätigung ihrer Auffassung verholfen. Sie haben insgesamt 355 Sitze gewonnen und 125 verloren; die Labour-Party gewann 256 Mandate und verlor 252; Unabhängige, zum Teil mit konservativer Unterstützung, gewannen 130 Sitze und verloren 309; Liberale eroberten 21 Sitze und büßten 35 ein, während die Kommunisten einen Sitz verloren und einen gewannen. Im Gegensatz zu früheren Gemeindewahlen hat sich die Labour-Party diesmal fast gehalten. Aber es ist immer wieder dieses "fast", das bei Unterhauswahlen nur 2% zu betragen braucht und das doch entscheidend sein kann. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, daß Labour in Kürze aus der Abwehrstellung zum Angriff übergehen wird.

+ + +

"Wüste Höfe" in der Sowjetzone

Über 300000 ha blieben unbewirtschaftet

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Während die Lebensmittelzuteilungen in der sowjetischen Zone noch immer stark hinter den durchschnittlichen Verbrauchsmengen in Westdeutschland zurückbleiben, sind nach sachkundigen Schätzungen 300000 bis 360000 ha Ackerfläche unbewirtschaftet geblieben. Das hat allerdings die Plansoll-Autoren nicht gehindert, auch diese unbewirtschafteten Flächen mit in ihre Wirtschaftspläne einzubeziehen und so imposante Ertragszahlen zu errechnen.

Bei den unbewirtschafteten Ackerflächen handelt es sich sowohl um verlassene Neubauern- wie Altbauernhöfe, als auch in kleinerem Maße um bisheriges Brachland. Der sowjetzonale Bauernführer Vieweg, der den Titel "Generalsekretär der VdgB" (Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe) führt, hat über diesen Zustand bittere Klage geführt und dabei zugeben müssen, daß sich die Zahl der ungenutzten oder nicht ordnungsgemäß genutzten landwirtschaftlichen Fläche "in letzter Zeit um ein beträchtliches erhöht" habe. So waren z.B. in einer Großgemeinde in der Nähe von Wanzleben zu Beginn dieses Wirtschaftsjahres von 108 Neubauernstellen 55 von ihren Besitzern aufgegeben worden. Während man aber einerseits Schwierigkeiten hat, das herrenlose Ackerland an den Mann zu bringen, ist man auf der anderen Seite dazu übergegangen, bisheriges Grünland zwangsweise umbrechen zu lassen. Diese Maßnahme hat den besonderen Zorn der Bauern ausgelöst, die sich dadurch in ihrer bisherigen Futterbasis geschmälert sehen, das umbrochene Gelände aber ohne ausreichende Entwässerung oft nicht als Acker nutzen können. Der Umbruch von Grünland wird durch sogenannte "Umbruchsoll-Bescheide" angeordnet, die terminiert sind und gegebenenfalls die Androhung eines Wirtschafts-Strafverfahrens enthalten.

Das Ausmaß der nicht bewirtschafteten Ackerlandfläche ist um die Hälfte größer als die Zuckerrüben-Anbaufläche der gesamten sowjetischen Zone (mehr als 200000 ha!). Daher hat man das Ablieferungssoll für neu in Bewirtschaftung genommene Flächen besonders günstig gestaltet: bei pflanzlichen Erzeugnissen im ersten Jahr nur 30% des

sonstigen Soll, bei tierischen Erzeugnissen im ersten Jahr volle Befreiung. Ähnliche Vergünstigungen gelten für Pächter. Aber die Bestimmungen üben keine große Anziehungskraft aus. Deshalb hat man jetzt bestimmt, daß alle nicht in Einzelnutzung unterzubringenden Flächen in Gemeinschaftsleistung des Dorfes bewirtschaftet werden. Da dies aber in der Praxis auf Schwierigkeiten stößt, hat man den Gemeindefunktionen gleich das Recht eingeräumt, die verlassenen Ländereien auch angrenzenden Bauern oder Gärtnern zuzuteilen, womit gegebenenfalls ein Sündenbock in der Gestalt des so plötzlich gegen seinen Willen Beschenkten gefunden wäre.

+ + +

USA - Lebensstandard 1939 / 1951

(sp) Um den gleichen Lebensstandard wie im Jahre 1939 finanzieren zu können, brauche man heute auch in den USA ein wesentlich höheres Einkommen, entnehmen wir einem Bericht. Für einige Einkommensstufen seien die Jahreseinkommen nebeneinandergestellt, die einer Familie mit zwei Kindern in den Vergleichsjahren 1939, 1949, 1950, 1951 den gleichen Lebensstandard ermöglichen würden:

1939	1949	1950	Anfang 1951
2.500	4.621	4.706	5.185
5.000	9.732	9.930	11.003
10.000	20.450	20.954	23.618
25.000	61.066	63.941	79.330
100.000	358.686	415.270	814.778

Anfang 1951 habe man also in den unteren und mittleren Stufen mindestens doppelt, in den höheren Stufen dreimal bis achtmal so viel zu verdienen, wenn man so leben wolle, wie 1939.

+ + +

Aus dem England der Verstaatlichung

Der Minister für Planung, Hugh Dalton, hat nach einem Bericht der "Neuen Zürcher Zeitung" in einer Rede in Ipswich angekündigt, daß die Labourregierung im Laufe der nächsten Monate die "Profiteure und Preissteigerer" scharf aufs Korn nehmen werde. Gegenwärtig würden sowohl im Handel als auch in der Fabrikation zu große Gewinne gemacht, die alle auf Kosten der Verbraucher gingen. Noch immer befänden sich 50 Prozent des nationalen Eigentums in der Hand eines einzigen Prozents und 75 Prozent in der Hand von nur 5 Prozent der Bevölkerung. Noch immer gebe es Hunderte von Millionären in England und noch immer begingen zahlreiche "Profiteure" Steuerhinterziehungen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau